## **Antrag**

der Fraktion der FDP

Engagement von Senioren in Beruf und Ehrenamt in Schleswig-Holstein fördern - Aufhebung aller diskriminierenden Altersbeschränkungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, der altersbedingten Diskriminierung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere in Beruf und Ehrenamt, entgegenzuwirken und dazu

- Altershöchstgrenzen in Gesetzen und Verordnungen des Landes Schleswig-Holstein zu erfassen;
- 2. diese Altershöchstgrenzen auf etwaige diskriminierende Wirkungen hin zu untersuchen und dabei insbesondere zu prüfen, ob
  - a. die jeweilige Altersbegrenzung geeignet ist, das mit ihr verfolgte Ziel zu erreichen;
  - b. wegen des demografischen Wandels oder fehlender Eignung der Altersbegrenzung Änderungen an Regelungen vorgenommen werden müssen;

- 3. konkrete Handlungsvorschläge zur Abänderung diskriminierender Altershöchstgrenzen zu erarbeiten;
- 4. sich auf Bundesebene ebenfalls für die Erarbeitung solcher konkreten Handlungsvorschläge einzusetzen;
- 5. über die Umsetzung der genannten Punkte dem Landtag Schleswig-Holstein in der 45. Tagung des Landtages schriftlich zu berichten.

## Begründung:

Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen sich auch nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben aktiv für die Gesellschaft einsetzen. Die Möglichkeiten des Engagements in Beruf und Ehrenamt sind jedoch teilweise begrenzt. Einzelne Tätigkeiten dürfen nach Erreichen der Altersgrenze nicht mehr ausgeübt werden. Damit gehen sowohl die Erfahrung als auch das Engagement älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Gesellschaft verloren. Deshalb sind diskriminierende Regelungen in Bezug auf das Lebensalter abzuschaffen. Eine solche Altersdiskriminierung liegt vor, wenn eine Person oder Personengruppe ohne nähere Begründung allein wegen des Alters benachteiligt wird. Mit diesem Antrag sollen Altersdiskriminierungen auf Landes- und Bundesebene identifiziert und nach Möglichkeit abgebaut werden, um so die Angebote für berufliches oder gesellschaftliches Engagement älterer Mitbürger zu erweitern.

Dr. Heiner Garg und Fraktion